

— Römisch II Buchstabe *B* Nr. 2 Punkt 2.1 Buchstabe *b*) Feld für einzelstaatliche Angaben - Anmerkungen - ist wie folgt zu lesen: «B22».

— Römisch II Buchstabe *B* Nr. 2 Punkt 2.2 Buchstabe *b*) Feld für einzelstaatliche Angaben - Anmerkungen - ist wie folgt zu lesen: «B20», «B21» beziehungsweise «B28».

Der Minister des Innern

P. DEWAELE

Fußnoten

(1) Entscheidung vom 29. Juli 2004 zur Änderung der Anlage 9 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion an die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen und der Anlage 6*b* des Gemeinsamen Handbuchs

(2) Vor dem 1. Oktober 2005 ausgestellte Visa D und vorläufige Aufenthaltserlaubnisse tragen also noch die Verweise auf das Gesetz vom 15. Dezember 1980.

(3) Beispielsweise wird die Angabe «Artikel 10 Absatz 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 - Familienzusammenführung» durch die Angabe «B11» ersetzt.

(4) Diese Entscheidung ändert Teil V Punkt 1.4 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und Teil I Punkt 4.1.2 des Gemeinsamen Handbuchs ab.

(5) *Belgisches Staatsblatt* vom 31. März 1995, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 8. Mai 1996

(6) *Belgisches Staatsblatt* vom 27. März 1996, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 23. Mai 1996

(7) *Belgisches Staatsblatt* vom 21. August 1998, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 31. August 1999

(8) *Belgisches Staatsblatt* vom 4. November 1998, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 15. Dezember 1999

(9) *Belgisches Staatsblatt* vom 29. Januar 1999, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 19. April 2000

(10) *Belgisches Staatsblatt* vom 4. Februar 2000, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 27. Mai 2000

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2006/00112]

7 DECEMBER 2005. — Omzendbrief ZPZ 25 - Procedures voor hernieuwing en aanwijzing « en régime » in het mandaat van korpschef. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief ZPZ 25 van de Minister van Binnenlandse Zaken van 7 december 2005 betreffende de procedures voor hernieuwing en aanwijzing « en régime » in het mandaat van korpschef (*Belgisch Staatsblad* van 15 december 2005), opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2006/00112]

7 DECEMBRE 2005. — Circulaire ZPZ 25 - Procédures de renouvellement et de désignation « en régime » du mandat de chef de corps. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire ZPZ 25 du Ministre de l'Intérieur du 7 décembre 2005 relative aux procédures de renouvellement et de désignation « en régime » du mandat de chef de corps (*Moniteur belge* du 15 décembre 2005), établie par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2006/00112]

7. DEZEMBER 2005 — Rundschreiben ZPZ 25 - Verfahren zur Erneuerung des Mandats als Korpschef und zur gewöhnlichen ordnungsgemäßen Bestellung zu diesem Mandat — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens ZPZ 25 des Ministers des Innern vom 7. Dezember 2005 über die Verfahren zur Erneuerung des Mandats als Korpschef und zur gewöhnlichen ordnungsgemäßen Bestellung zu diesem Mandat, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen beim Beigeordneten Bezirkskommissariat in Malmédy.

7. DEZEMBER 2005 — Rundschreiben ZPZ 25 - Verfahren zur Erneuerung des Mandats als Korpschef und zur gewöhnlichen ordnungsgemäßen Bestellung zu diesem Mandat

An die Frau Provinzgouverneurin

An die Herren Provinzgouverneure

An die Frau Gouverneurin des Verwaltungsbezirks Brüssel-Hauptstadt

An die Frauen und Herren Bürgermeister

An die Frauen und Herren Vorsitzenden der Polizeikollegien

Zur Information:

An den Herrn Generalkommissar der föderalen Polizei

An den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für die lokale Polizei

Sehr geehrte Frau Gouverneurin, sehr geehrter Herr Gouverneur,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

1. Einleitung

Die fünfjährigen Mandate der erstbestellten Korpschefs der lokalen Polizei laufen langsam aus. Einige lokale Polizeizonen beginnen bereits damit, für die Erneuerung des Mandats ihres Korpschefs oder die gewöhnliche ordnungsgemäße Bestellung eines neuen Korpschefs ihre Vorschlagsakte, die zu diesem Zweck vom Gemeinderat beziehungsweise vom Polizeirat dem König vorzulegen ist, intensiv vorzubereiten.

## 2. Vorschlagsakte

Deswegen halte ich es für nützlich, dass den Zonen der lokalen Polizei je zwei Checklisten der Unterlagen, die in der Vorschlagsakte enthalten sein müssen, zugestellt werden, je nachdem, ob es sich um eine Erneuerung des Mandats als Korpschef oder eine gewöhnliche ordnungsgemäße Bestellung zu diesem Mandat handelt. Diese Listen sind vorliegendem Rundschreiben beigefügt (Anlagen 1 und 2). Zudem kann meine Verwaltung bei Bedarf weitere Unterlagen bei den Polizeizonen anfordern.

## 3. Rechtsvorschriften

Ferner scheint es mir wichtig, den Polizeizonen die Liste der Gesetzes- und Verordnungstexte zu übermitteln, die auf die Erneuerung des Mandats als Korpschef beziehungsweise gewöhnliche ordnungsgemäße Bestellung zu diesem Mandat anzuwenden sind. Diese Listen sind ebenfalls vorliegendem Rundschreiben beigefügt (Anlagen 3 und 4).

## 4. Begründung der Verwaltungsakte

Darüber hinaus möchte ich in Bezug auf die Vorschlagsakte zur gewöhnlichen ordnungsgemäßen Bestellung eines neuen Korpschefs Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Artikel 48 GIP lenken. Darin wird nämlich bestimmt, dass der Korpschef der lokalen Polizei auf einen mit Gründen versehenen Vorschlag des Gemeinderats beziehungsweise des Polizeirats hin vom König für seine Funktion bestimmt wird. Durch diesen Artikel sind die lokalen Polizeizonen gesetzlich verpflichtet, ihre Vorschlagsakte zu begründen. Diese Pflicht ist übrigens eine Bestätigung der Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte, denen zufolge in jedem Verwaltungsakt im Sinne von Artikel 1 dieses Gesetzes die rechtlichen und faktischen Grundlagen für den Beschluss in angemessener Weise angegeben werden müssen. Der Akt ist erst dann ausreichend mit Gründen versehen, wenn einerseits daraus hervorgeht, dass die Ansprüche und Verdienste der Betroffenen tatsächlich miteinander verglichen worden sind, und andererseits die Gründe darin angegeben sind, die zu dieser Wahl geführt haben.

Das Wahlgeheimnis, das gemäß Artikel 27 GIP sowohl von den Mitgliedern des Polizeirats als auch von den Mitgliedern des Gemeinderats infolge von Artikel 100 des neuen Gemeindegesetzes gewahrt werden muss, entbindet besagte Räte nicht von der ihnen obliegenden Verpflichtung, ihre Beschlüsse in angemessener Weise formell mit Gründen zu versehen, das heißt, die Gründe für ihre Wahl im Fall eines Vorschlags für eine Bestellung anzugeben. Die einfache Mitteilung des Abstimmungsergebnisses stellt folglich keine ausreichende Begründung dar.

Der begründete Vorschlag, den die Auswahlkommission gemäß Artikel VII.III.41 RSPol nach Vergleich der Ansprüche und Verdienste zwecks Bewertung der für eine gewöhnliche ordnungsgemäße Bestellung des neuen Korpschefs in Frage kommenden Bewerber erstellt, unterliegt übrigens den gleichen gesetzlichen Verpflichtungen.

## 5. Spezifische Verwaltungsaufsicht

Im Übrigen gehört die Kontrolle der Vorschlagsakten sowohl in Sachen Erneuerung des Mandats als Korpschef als auch in Sachen gewöhnliche ordnungsgemäße Bestellung zum Zuständigkeitsbereich der besonderen Verwaltungsaufsicht, die durch Artikel 85 GIP eingerichtet worden ist. Die Ausübung dieser Aufsicht fällt in erster Instanz in den Zuständigkeitsbereich des Gouverneurs, der gegebenenfalls die Aufschiebung der Beschlüsse über Ernennungsvorschläge verkünden kann.

## 6. Kontakt

Die verschiedenen vollständigen Vorschlagsakten müssen meiner Verwaltung per Einschreiben übermittelt werden:

Generaldirektion Sicherheits- und Vorbeugungspolitik

Direktion Polizeiverwaltung

Boulevard de Waterloo / Waterloolaan 76

1000 Brüssel

Weitere Informationen sind erhältlich über die E-Mail-Adresse der zuständigen Behörde: [psp.zonepol@ibz.fgov.be](mailto:psp.zonepol@ibz.fgov.be).  
Brüssel, den 7. Dezember 2005

Der Minister des Innern

P. DEWAELE

## Anlage 1 — Checkliste für die Erneuerung des Mandats als Korpschef

Die Vorschlagsakte zur Erneuerung des Mandats des Korpschefs einer Polizeizone muss folgende Unterlagen umfassen:

1. den an den Gemeinde- beziehungsweise Polizeirat gerichteten Antrag auf Erneuerung des Mandats,
2. das Datum des Königlichen Erlasses zur Bestellung des Korpschefs,
3. das Datum, an dem der Korpschef sein Mandat tatsächlich angetreten hat, zwecks Bestimmung des Datums, an dem das Mandat abläuft,
4. die Akte in Bezug auf die Endbewertung:
  - den Übersichtsbericht (+ Datum der Einreichung),
  - die Aktenstücke, die dem Mandatsinhaber zur Beurteilung seines Antrags auf Erneuerung relevant erscheinen,
  - alle Untersuchungen und Feststellungen, die die Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei im Rahmen ihrer Aufträge gemacht hat,
  - alle Untersuchungen und Feststellungen, die auf Antrag des Vorsitzenden der Bewertungskommission gemacht worden sind,
  - den Bericht über die Endbewertung der Bewertungskommission,
  - den Briefwechsel im Rahmen der Endbewertung,
5. die mit Gründen versehene Stellungnahme des Gemeinderats beziehungsweise des Polizeirats (Artikel 49 GIP),
6. die mit Gründen versehene Stellungnahme des Bürgermeisters beziehungsweise des Polizeikollegiums (Artikel 49 GIP),
7. im Fall einer günstigen Endbewertung die Empfangsbestätigung für den Antrag auf mit Gründen versehene Stellungnahme beim Generalprokurator und beim Gouverneur (Nr. 2.1.3.5 des Rundschreibens GPI 43).

## Anlage 2 — Checkliste für die gewöhnliche verordnungsgemäße Bestellung des Korpschefs

Die Vorschlagsakte für die gewöhnliche verordnungsgemäße Bestellung des Korpschefs muss folgende Unterlagen umfassen:

1. den in Vollzeitstellen umgerechneten Personalbestand der Polizeizone, Einsatzkader und Verwaltungs- und Logistikkader zusammen genommen,
2. den Beschluss zur Vakanterklärung der Stelle durch den Gemeinde- beziehungsweise Polizeirat,
3. die Bestimmung der Art der Auswahlkommission (lokale oder nationale Auswahlkommission) und gegebenenfalls ihrer Zusammensetzung durch den Gemeinde- beziehungsweise Polizeirat,
4. den von der Direktion der Mobilität und der Laufbahnverwaltung der föderalen Polizei veröffentlichten Bewerbungsaufruf für die vakante Stelle,
5. die vollständige Originalakte des beziehungsweise der vorgeschlagenen Bewerber:
  - den Nachweis, dass die Bewerbung fristgerecht und entsprechend den von der Direktion der Mobilität und der Laufbahnverwaltung der föderalen Polizei festgelegten Modalitäten eingeschickt wurde,
  - das in Artikel VI.II.19 § 1 Nr. 1 RSPol erwähnte Musterformular für die Bewerbung um die Mobilität und das in Artikel VI.II.13 Nr. 2 RSPol erwähnte Mobilitätsblatt, die in Anlage 2 beziehungsweise Anlage 3 zum Königlichen Erlass vom 20. November 2001 zur Bestimmung der Modalitäten über die Mobilität des Personals der Polizeidienste festgelegt sind,
  - den Lebenslauf,
  - einen Auszug aus der Geburtsurkunde,
  - ein kurzes Schreiben des Bewerbers, in dem er seine Ansprüche und Verdienste sowie seine Motivation zur Ausübung des betreffenden Mandats darlegt,
  - eine Bescheinigung der Behörde, aus der hervorgeht, dass der Bewerber Inhaber des erforderlichen Dienstgrads (ernannter Polizeikommissar oder Polizeihauptkommissar) ist,
  - für Nicht-Mandatsinhaber die Stellungnahme, wie sie in Artikel XII.VII.2 RSPol erwähnt ist (Standardformular für Stellungnahmen), und für Mandatsinhaber eine Bescheinigung der Behörde, dass zum Zeitpunkt des Bewerbungsaufrufs keine andere Zwischenbewertung im Sinne von Artikel VII.III.90 läuft,
  - eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass der Bewerber keine schwere Disziplinarmaßnahme im Sinne von Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Mai 1999 zur Festlegung des Disziplinarstatuts der Personalmitglieder der Polizeidienste erhalten hat, die nicht gelöscht ist (Artikel VII.III.20 RSPol),
6. den Beschluss der Auswahlkommission hinsichtlich der Zulässigkeit der Bewerbungen,
7. die Ergebnisse der Prüfungen des Typs «Assessment Center», einschließlich der mit Gründen versehenen Stellungnahmen,
8. den Beschluss der Auswahlkommission, mit dem die Ansprüche und Verdienste der Bewerber nach ihrer Anhörung im Hinblick auf die Beurteilung ihrer Eignung klassiert werden,
9. die Empfangsbestätigung für den Antrag auf mit Gründen versehene Stellungnahme beim Generalprokurator und beim Gouverneur (in entsprechender Anwendung von Nr. 2.1.3.5 des Rundschreibens GPI 43),
10. den mit Gründen versehenen Beschluss des Gemeinde- beziehungsweise des Polizeirats über den Bestellungsvorschlag,
11. eventuell den mit Gründen versehenen Beschluss des Bürgermeisters beziehungsweise des Polizeikollegiums zur Invorschlagbringung eines anderen Bewerbers.

## Anlage 3 — Gesetzes- und Ordnungsgrundlagen in Bezug auf die Erneuerung des Mandats als Korpschef

- Gesetz vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, insbesondere die Artikel 48, 49, 51 bis 52,
- Gesetz vom 26. April 2002 über die wesentlichen Elemente des Statuts der Personalmitglieder der Polizeidienste und zur Festlegung verschiedener anderer Bestimmungen über die Polizeidienste, insbesondere die Artikel 74 bis 79,
- Königlicher Erlass vom 31. Oktober 2000 zur Festlegung der Bedingungen und Modalitäten für die erste Bestellung in bestimmte Stellen der föderalen Polizei und der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei,
- Königlicher Erlass vom 31. Oktober 2000 zur Festlegung der Bedingungen und Modalitäten für die erste Bestellung in bestimmte Stellen der lokalen Polizei,
- Königlicher Erlass vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste, insbesondere die Artikel VII.III.2 bis VII.III.7, VII.III.47, VII.III.48, VII.III.51, VII.III.52, VII.III.55 bis VII.III.57, VII.III.86 bis VII.III.93, VII.III.100 bis VII.III.132, XI.II.17, XI.II.18 und XI.III.27,
- Ministerieller Erlass vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste,
- Königlicher Erlass vom 19. April 2002 zur Festlegung spezifischer statutarischer Bestimmungen in Bezug auf Personen, die in bestimmte Stellen der föderalen Polizei, der lokalen Polizei und der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei bestellt sind, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 5. Dezember 2003,
- Ministerieller Erlass vom 22. April 2003 zur Festlegung des Verfahrens zur administrativen Behandlung der im Gesetz vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes erwähnten Angelegenheiten,
- Rundschreiben vom 28. Februar 2005 in Bezug auf die Richtlinien über den Antrag auf Erneuerung des Mandats bestimmter Mandatsinhaber.

Anlage 4 — Gesetzes- und Verordnungsgrundlagen in Bezug auf die gewöhnliche verordnungsgemäße Bestellung zum Mandat eines Korpschefs

- Gesetz vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, insbesondere die Artikel 48, 50 und 52,
- Gesetz vom 26. April 2002 über die wesentlichen Elemente des Statuts der Personalmitglieder der Polizeidienste und zur Festlegung verschiedener anderer Bestimmungen über die Polizeidienste, insbesondere die Artikel 65 bis 73,
- Königlicher Erlass vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste, insbesondere die Artikel VII.III.1 bis VII.III.21, VII.III.28, VII.III.33 bis VII.III.59, VII.III.69 bis VII.III.77, XI.II.17 bis XI.II.18 und XI.III.27,
- Ministerieller Erlass vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste,
- Rundschreiben ZPZ 11 vom 21. Dezember 2000 über die Einrichtung der lokalen Polizei - Verwaltungstechnische Aspekte.

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER**

[2006/14051]

**Examens met het Frans, Nederlands en Duits als voertaal voor de brevetten van beeroepsbekwaamheid voor het leidend en onderwijzend personeel der erkende rijsholen**

Ter uitvoering van de voorschriften van het koninklijk besluit van 11 mei 2004 betreffende de voorwaarden voor de erkenning van scholen voor het besturen van motorvoertuigen, wordt een nieuwe examenzeitijd ingericht voor het bekomen van de brevetten van beroepsbekwaamheid II, III, IV en V.

De examenzeitijd begint op 1 april 2006. De inschrijvingsperiode voor deze zittijd wordt gesloten op 31 maart 2006. De inschrijvingsformulieren voor deze examens zijn ter beschikking bij de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer — Mobiliteit en Verkeersveiligheid, Directie Verkeersveiligheid, Dienst Rijbewijs, City Atrium, Vooruitgangstraat 56, 1210 Brussel.

De kandidaten die zich lieten inschrijven na 30 januari 2006 moeten hun aanvraag tot inschrijving niet hernieuwen.

Het inschrijvingsgeld voor het examen is vastgesteld op 25 € en dient vóór 31 maart 2006 gestort te worden op het rekeningnummer 679-2006010-50 met vermelding van « RS/examen/naam en voornaam van de kandidaat ».

**SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS**

[2006/14051]

**Examens en langue française, néerlandaise et allemande pour le brevet d'aptitude professionnelle du personnel dirigeant et enseignant des écoles de conduite agréées**

Conformément aux prescriptions de l'arrêté royal du 11 mai 2004 relatif aux conditions d'agrément des écoles de conduite de véhicules à moteur, une nouvelle session d'examens sera organisée en vue de l'obtention des brevets d'aptitude professionnelle II, III, IV et V.

La session d'examens sera ouverte le 1<sup>er</sup> avril 2006. La période d'inscription à cette session sera close le 31 mars 2006. Les formulaires de demande d'inscription à ces examens sont disponibles au Service public fédéral Mobilité et Transports — Mobilité et Sécurité routière, Direction Sécurité routière, Service Permis de conduire, City Atrium, rue du Progrès 56, 1210 Bruxelles.

Les candidats dont la demande d'inscription est postérieure au 30 janvier 2006 ne doivent pas renouveler leur demande.

Le droit d'inscription à l'examen est fixé à 25 € et doit être versé avant le 31 mars 2006 au numéro de compte 679-2006010-50 avec la mention : « AE/examen/nom et prénom du candidat ».

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER**

[C - 2006/14039]

**Directie Wegverkeer. — Dienst Voertuigen. — Omzendbrief van 15 februari 2006 betreffende sommige verbouwde voertuigen (cat. M1). — Erratum**

In de Nederlandse tekst van de omzendbrief van 15 februari 2006, gepubliceerd in het *Belgisch Staatsblad* van 15 februari 2006, bladzijde 8100, moet in de nummering na punt 28) in plaats van « 24), 25), 26), 27) », gelezen worden : « 29), 30), 31), 32) ».

In de Franse tekst moet op bladzijde 8101 in punt B.5) het woord « conditions » vervangen worden door het woord « condition ». In punt B.10) moet na het woord « antirapprochement » het woord « -conditions : » ingelast worden.

In de Franse tekst moet op bladzijde 8102 in punt C.10) het woord « conditions » vervangen worden door het woord « condition ».

In de Nederlandse tekst moet op bladzijde 8102 in punt C.10) het woord « voorwaarden » vervangen worden door het woord « voorwaarde ».

**SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS**

[C - 2006/14039]

**Direction Circulation routière. — Service Véhicules. — Circulaire du 15 février 2006 relative à certains véhicules transformés (cat. M1). — Erratum**

Dans le texte néerlandais de la circulaire du 15 février 2006, publiée au *Moniteur belge* du 15 février 2006, à la page 8100, dans la numérotation après le point 28), il faut lire « 29), 30), 31), 32) », au lieu de « 24), 25), 26), 27) ».

Dans le texte français, à la page 8101, au point B.5), il faut remplacer le mot « conditions » par le mot « condition ». Au point B.10) il faut insérer le mot « - conditions : » après le mot « antirapprochement ».

Dans le texte français, à la page 8102, au point C.10) il faut remplacer le mot « conditions » par le mot « condition ».

Dans le texte néerlandais, à la page 8102, au point C.10) il faut remplacer le mot « voorwaarden » par le mot « voorwaarde ».

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE**

[2006/09194]

**Wet van 15 mei 1987 betreffende de namen en voornamen  
Bekendmakingen**

Bij koninklijk besluit van 9 februari 2006 is machtiging verleend aan de heer Ait Moussa, Jawad Driss, geboren te Oostende op 25 juni 1982, wonende te Koksijde om, behoudens tijdig verzet waarover zal beslist worden, zijn geslachtsnaam in die van « Tackoen » te veranderen, na afloop van zestig dagen te rekenen van deze bekendmaking.

**SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE**

[2006/09194]

**Loi du 15 mai 1987 relative aux noms et prénoms  
Publications**

Par arrêté royal du 9 février 2006, M. Ait Moussa, Jawad Driss, né à Ostende le 25 juin 1982, demeurant à Koksijde, a été autorisé, sauf opposition en temps utile sur laquelle il sera statué, à substituer à son nom patronymique celui de « Tackoen » après l'expiration du délai de soixante jours à compter de la présente insertion.